

An den
Regionalverband Saarbrücken
Herr Regionalverbandsdirektor Peter Gillo
- im Hause-

12. April 2022

Antrag der Fraktionen von SPD und CDU zum nächsten Jugendhilfeausschuss und Regionalverbandsausschuss sowie zur nächsten Regionalversammlung

Sehr geehrter Herr Regionalverbandsdirektor,

die Fraktionen von SPD und CDU stellen zum nächsten Jugendhilfeausschuss und Regionalverbandsausschuss sowie zur nächsten Regionalversammlung folgenden Antrag:

Beschlussvorschlag:

*Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt,
der Regionalverbandsausschuss empfiehlt,
die Regionalversammlung beschließt,*

die Schulabwesenheit im Übergang zur Klassenstufe 5 und 6 schwerpunktmäßig in räumlicher Zuordnung in Burbach und in Malstatt durch die Bereitstellung einer zusätzlichen Finanzierung einer 1,0 Vollzeitstelle bei einem freien Träger aus den Mitteln des Haushaltes des Regionalverbandes Saarbrücken zu bekämpfen.

Die zusätzliche Stelle ist bei einem anerkannten, freien Träger der Jugendhilfe auf Grundlage einer schriftlichen Vereinbarung zwischen dem Regionalverband Saarbrücken und dem Träger anzusiedeln, der in den vergangenen Jahren Erfahrungen und Kontakte in den Stadtteilen Burbach und Malstatt mit schulabwesenden Kindern aufbauen konnte und der aufgrund seiner Erfahrung mit schulabwesenden Kindern etablierte Netzwerke zu den Quartiersschulen im Regionalverband Saarbrücken aufgebaut hat.

Begründung:

Am 17. November wurde der Jugendhilfeausschuss darüber unterrichtet, dass das Bundesprogramm „Jugend stärken im Quartier“ (kurz: JUSTIQ) am 30.06.2022 ausläuft. Seit 2015 konnte im Regionalverband Saarbrücken dieses Bundesprogramm auf der Basis der Förderung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSF), des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) und des Europäischen Sozialfonds wichtige Schritte gegen die Schulabwesenheit erarbeitet werden. Das

Zentrum für Bildung und Beruf Saarbrücken mit dem Projekt „Perspektive im Quartier“ sowie das Diakonische Werk an der Saar mit dem Projekt „Beratung 2. Chance bei Schulverweigerung“ wurden mit der Anbindung an die Jugendberufsagentur beauftragt, um die Jugendberatung zu stärken.

Das Nachfolgeförderprogramm wird unter veränderten Richtlinien stattfinden, die Interessensbekundung ist in Arbeit. Die Anzahl der zu beratenden Schulen wird gemäß neuen Förderrichtlinien steigen, ohne dass die entsprechenden Stellenanteile proportional dazu mitwachsen. Mit dem Aufgabenzuwachs drohen etablierte Kontakte und gewonnenes Vertrauen verloren zu gehen, Erfolge aus vielen Jahren Schulabwesenheitsberatung drohen aufgrund der projektbedingten Förderrichtlinienlogik wegzubrechen.

Die Fraktionen von SPD und CDU sind sich daher im besonderen Bewusstsein für die Problemlagen von Kinder und Jugendlichen in den Stadtteilen Malstatt und Burbach einig, dass zum Erhalt und zum Ausbau der bisher erarbeiteten Kontakte und Strukturen ein Engagement des Regionalverbandes Saarbrücken in eine zusätzliche Stellenfinanzierung notwendig ist. Die Kinder, Jugendlichen und auch die Schulen sowie die Schulsozialarbeit stehen nach zwei Jahren Corona-Pandemie und dem Ausbruch des Ukraine-Krieges vor großen Herausforderungen. Mit der schwerpunktmäßigen Unterstützung in den Klassenstufen 5 und 6 fokussiert sich die zusätzliche Beratungsstelle gegen Schulabwesenheit auf den Übergangszeitraum zum Sekundarbereich.

Mit der zusätzlichen Beratungsstelle bei einem freien Träger mit entsprechender Erfahrung wird der Regionalverband Saarbrücken unterstützend tätig, um das erarbeitete Vertrauen und die geschaffenen Strukturen und Netzwerke in Malstatt und Burbach im Rahmen der Bekämpfung von Schulabwesenheit durch aufsuchende Jugendsozialarbeit, niedrigschwellige Beratung und Clearing sowie ggf. einem erforderlichen Case Management zu stärken..

Dem Regionalverband entstehen durch die zusätzliche Stelle Kosten von ca. 70.000 EUR p.a. für Personal- und Sachkosten. Um einen nahtlosen Übergang wegen des Projektendes zu gewährleisten, ist die Anschlussfinanzierung ab 01.07.2022 notwendig. Die Finanzierung ab 01.07.2022 soll über nicht verausgabte Mittel bzw. Rückflüsse aus dem Haushalt der Projektförderung sichergestellt werden.



David Pasternak

Jugendpolitischer Sprecher
SPD-Fraktion



Fred Kreutz

Jugendpolitischer Sprecher
CDU-Fraktion